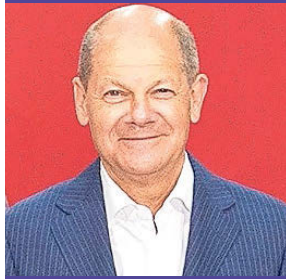


# LEMGO INTERN

NACHRICHTEN AUS LEMGO - AUSGABE JULI 2021

## Straßenausbaubeiträge müssen weg!

Das sozial ungerechte Bürokratiemonster der schwarz-gelben Landesregierung muss endgültig abgeschafft werden.  
- Mehr auf Seite 3



## Scholz gegen Rente mit 68

Kanzlerkandidat Olaf Scholz kämpft mit SPD-Abgeordneten gegen längeres Berufsleben - Mehr auf Seite 2

## Jürgen Berghahn vor Ort!

Gemeinsam mit Jürgen Berghahn von Tür zu Tür. Gerne hören wir uns an wo der Schuh drückt, sprechen Sie uns an!  
- Mehr auf Seite 4

## Liebe Lemgoerinnen und Lemgoer!



Der Sommer steht vor der Tür und die meisten von uns können es kaum erwarten ihn richtig zu genießen, ins Freibad zu gehen, die Sonne auf der Haut zu genießen und ein Eis zu essen, bevor es schmilzt.

Wir hoffen Sie alle können den Sommer intensiv genießen und sich von den Strapazen der letzten Monate erholen, egal ob in der Südsee oder auf der heimischen Terrasse.

Auch wir von der SPD-Lemgo und vom Rat der Alten Hansestadt Lemgo machen derzeit eine Sommerpause, dennoch wollen wir Ihnen auf den kommenden Seiten einen Überblick darüber verschaffen was wir in den letzten Monaten erreicht haben und was vielleicht noch vor uns liegt.

Es war und wird spannend!

Ihre SPD-Lemgo

## Unterstützung für die „große Lösung“

Lemgo kennt sie seit längerem, die Diskussion um die mangelnde Barrierefreiheit am „Langenbrücker Tor“. Bereits im letzten Jahr griff ein entsprechender Bürgerantrag von Werner Kuloge dieses Thema auf, wurde letztlich jedoch verworfen.

Stattdessen beschloss der Rat nach kontroverser Diskussion eine „kleine“ Lösung, bei der aus Kostengründen lediglich ein Teil des Pflasters ausgetauscht werden sollte. Der Vorschlag aus dem Bürgerantrag forderte hingegen eine Lösung, bei der auch die Verbindung vom Parkplatz bis zur Breiten Straße sowie von den Wallübergängen, abgeschlossen werden sollte.

Diese „große Lösung“ griff erneut die BfL auf, da durch ein technisch neues Schleifverfahren nun auch diese Variante im Kostenrahmen wäre. Die SPD-Ratsfraktion unterstützt diesen Vorschlag ausdrücklich.

## Themen die unter den Nägeln brennen

Jürgen Berghahn und die SPD vor Ort haben die Themen, die vor Ort bewegen, jedoch in Berlin entschieden werden, im Blick.



Die Mitglieder SPD und ihr Bundestagskandidat Jürgen Berghahn sprechen die Themen an, die die Menschen vor Ort intensiv beschäftigen. Dazu gehört auch die Entwicklung Lemgos mit der international erfolgreichen Hochschule OWL, die aktuelle Situation in den heimischen Betrieben, das Klinikum, die Schulen und vieles mehr.

Dabei wird immer wieder deutlich, dass die positiven Entwicklungen gehalten werden müssen, aber auch neues gedacht werden sollte, damit es auch weiterhin aufwärts mit der Hansestadt geht.

Pandemiebedingt wurde auch in der SPD in den letzten Monaten viel mittels Videokonferenzen diskutiert, doch die SozialdemokratInnen blieben am Ball.

„Kommunalpolitik aber auch die Landes- und Bundespolitik müssen sich stärker um die Kinder kümmern“, hält Jürgen Berghahn fest, der für die SPD in den nächsten Bundestag einziehen will.

### Kinderrechte müssen ins Grundgesetz

Ein weiteres wichtiges Thema sind die Kinderrechte. Da hatte die SPD schon seit Jahren für eine Stärkung geworben. Doch die Entwicklung ist enttäuschend.

Das war so nicht zu erwarten gewesen. Die Koalitionäre von SPD und CDU/CSU hatten sich festgelegt und waren festen Willens, Kinderrechte endgültig im Grundgesetz zu verankern. Dieser Verfassungsrang brächte einen hohen rechtlichen Schutz.

Nach den Skandalen wegen Kindesmissbrauchs und -misshandlung würden wohl viele Lip-

per\*innen diesen Schritt begrüßen.

Jürgen Berghahn, Bundestagskandidat der SPD ist Sprecher der SPD-Landtagsfraktion im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zum Thema „Kindesmissbrauch“ und kann nur noch den Kopf schütteln, zu tief sitzt die Enttäuschung: „Wenn die Arbeit, die wir im PUA leisten – Aktenstudium, Zeugenvernehmungen und weitere Aufgaben -, für die Zukunft einen tieferen Sinn, ein langanhaltende positive Wirkung haben soll, dann gehören die elementaren Kinderrechte ins Grundgesetz - jetzt“, fordert Berghahn.

Sein SPD-Kollege Dennis Maelzer ist Sprecher in der „Kinderschutzkommission“ des Landtages. Er fordert ein eigenständiges Kinderschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen. Dafür erhält Maelzer Rückendeckung durch ein Rechtsgutachten: „Wir wollen Mindestanforderungen für die personelle Ausstattung des Kinderschutzes vor Ort formulieren, Netzwerke fördern und den Kinderschutz verpflichtend in Ausbildungsgängen verankern.“ Es komme auf den politischen Willen an, die rechtlichen Spielräume zu nutzen.

### Für mehr soziale Gerechtigkeit

Das letzte Jahr wurde durch die Corona-Pandemie geprägt und alles Handeln stand unter dem Einfluss dieser schrecklichen Krankheit. Unser aller Leben hat sich massiv verändert, beruflich wie auch privat. Leider ist auch die Kluft zwischen Arm und Reich größer geworden. Es gibt einige

wenige Gewinner in dieser Pandemie, aber viele Verlierer und wieder einmal sind es die Armen und Schwachen, die besonders verlieren. Darum sind die Kernthemen der SPD heute wichtiger denn je!

„Bildung, Arbeit und Einkommen sind der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. Wir müssen Antworten auf den Klimawandel finden und ihn stoppen. Für die Zukunft müssen wir unser Rentensystem neu aufstellen und das Rentenniveau stabilisieren. Das halte ich für unabdingbar für den sozialen Frieden! Da diese grundlegenden Richtungsbestimmungen unserer Gesellschaft in Berlin entschieden werden, möchte ich zukünftig meine langjährigen Erfahrungen und mein Wissen im Deutschen Bundestag einbringen“, sagt Jürgen Berghahn in Gesprächen mit Lemgoer Bürgerinnen und Bürgern. Er will im Wahlkampf deutlich machen, wer in den letzten Jahren für soziale Gerechtigkeit gekämpft hat und viele Erfolge verzeichnen konnte. Es sei nämlich immer die SPD gewesen. Egal ob es der Mindestlohn, die Grundrente oder die Verbesserung der Kurzarbeitergeldregelung gewesen sei. Ohne die Grundhaltung dass die Menschen ein Recht auf gerechte Bezahlung, auf gute Versorgung im Alter und bei Krankheit haben, kann die Gesellschaft nicht zusammenbleiben. Und darum ist diese Sicherheit und Schutz durch den Staat auch wichtig um die Demokratie zu retten. Das ist der beste Ansatz um die extreme Rechte ins Leere laufen zu lassen.

## Erneuerung trifft Tradition

Das letzte Jahr war für die SPD-Lemgo geprägt von Erneuerungen, doch dabei darf die Besinnung auf das Ursprüngliche nicht in Vergessenheit geraten.

Die SPD-Lemgo hat in den letzten anderthalb Jahren eine rasanten Umstrukturierung nach der anderen erlebt, so hat sich nach circa zwanzig Jahren ein neuer Fraktionsvorstand formiert, nach fünf Jahren ein neues Büro in der Mittelstraße renoviert und bezogen und ein neue Ratsfraktion durfte, dank Ihrer Unterstützung in den Rat der Alten Hansestadt Lemgo einziehen, die sich grundlegend neu aufgestellt hat und einen ganz neuen Weg in der Politik geht.

Doch bei all diesen Erneuerungen ist es der SPD-Lemgo wichtig sich auf das Ursprüngliche der SPD zu besinnen.

Während die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kreis das Wahlkampf Logo von 2020 behalten, möchte die Lemgoer Sozialdemokratie sich an eine Abwandlung des alte-

kannten Logos halten, welches sofort mit der SPD in Verbindung gebracht wird.

Das bekannte rote Quadrat mit weißer Schrift.

Wichtig war von Anfang an einen lokalen Bezug zu unserer wunderschönen Alten Hansestadt, so stehen noch zwei Logos in der engeren Auswahl, entweder eine Variante mit der einmaligen Lemgoer Flachsblüte oder eine Variante mit den prägnanten Lemgoer Kirchtürmen.

Wichtig für den Lemgoer Stadtverband war eine Zusammengehörigkeit der Lemgoer Gremien unter einem Logo und so waren sich die drei Ortsvereine, die Ratsfraktion, der Stadtverband und sogar die sonst als sehr eigenständig bekannten Jungsozialisten sich einig: Ein gemeinsames Logo muss her!



## Antragspaket

Jusos packen Wünsche der Jugend an!

Die Jungsozialisten haben anlässlich der neuen Wahlperiode überlegt, wie sie Lemgo in den nächsten Monaten und Jahren mitgestalten wollen, entsprechende Anträge werden von den Jusos über die Ratsfraktion an die Stadt Lemgo gestellt.

Die Jungsozialisten haben bei den Anträgen den Fokus auf die Jugend gelegt und wie Lemgo für Jugendliche attraktiver gestaltet werden kann.

So sollen Themen welche alljährlich beim Jugendforum angesprochen werden endlich aktiv bearbeitet beziehungsweise beantragt werden.

Aus Sicht der Jusos darf es nicht sein, dass Themen seit vier Jahren ununterbrochen gewünscht werden und diese durch warme Worte und einem Haken auf einer To-Do-Liste abgehandelt werden.

Themen wie Graffiti, Skaten, Umwelt und Freizeitmöglichkeiten beschäftigen die Jugendlichen seit Jahren und mittlerweile schon generationenübergreifend, daher sehen es die Jusos als notwendig an einige dieser Themen endlich entsprechend den Wünschen der Jugendlichen anzupacken, in Anträge zu formulieren und umzusetzen.

Darüber hinaus haben die Jusos den Anspruch an die eigene politische Arbeit nicht von der Seitenlinie aus zuzuschauen und nur zu kritisieren, wie man es den Jungsozialisten andernorts nachsagt, sie wollen aktiv an der Lemgoer Politik teilnehmen und durch die vier Ratsmitglieder der Jusos eine Stimme für die Lemgoer Jugend sein.



# Aktionswochen gegen Rassismus

Der Kreis Lippe, die Stadt Detmold und andere ziehen gemeinsam an einem Strang.

Kreis Lippe. Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit - Vokabeln, die kein aufgeklärter Mensch gerne hört oder gar nutzt. Dennoch bringt ein Weggucken oder Abtauchen nichts, nichts Gutes.

Vielmehr nutzen Rassisten und Neonazis, neuerdings in trauriger Einheit mit Corona-Leugnern und Impfgegnern, die entstehende Lücke, um ihre kruden Ideen und menschenverachtende Ideologie unter's Volk zu bringen.

Auch in Lippe regt sich gegen diese demokratiefeindlichen Bestrebungen deutlich Widerstand. Der Kreis Lippe nimmt aktiv am

Programm „NRWeltoffen“ teil und ruft zur aktiven Teilnahme an den derzeit stattfindenden „Aktionswochen gegen Rassismus“ auf.

Überzeugt davon, dass aktives Eintreten für unsere weltoffene und wehrhafte Demokratie gleichermaßen lohnend wie nötig ist, schlossen sich die drei lippischen SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Jürgen Berghahn und Dennis Maelzer der Initiative an.

Dabei zeigte Ellen Stock, die auch Kreisvorsitzende der SPD Lippe ist, stellvertretend für die lippischen Sozialdemokrat\*innen dem Rassismus die Rote Karte.



# Berghahn und Scholz gegen Rente mit 68

Die SPD-Abgeordneten aus ganz Ostwestfalen-Lippe stemmen sich gegen die Rente mit 68. Dabei haben sie die Unterstützung vom Kanzlerkandidaten.

Kreis Lippe. Jürgen Berghahn, derzeit noch Abgeordneter in Düsseldorf und SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis Lippe I ist ebenso verärgert, wie unser Bundesfinanzminister und Kanzlerkandidat Olaf Scholz, der kurz und knapp resümiert: „Was die Experten da zusammengerechnet haben, bietet keinen Erkenntniswert.“ Berghahn, der mit Scholz anlässlich einer Arbeitnehmerkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin zusammentrifft, erinnert daran, dass sich ähnliche Debatten und die Prognosen der 1980er und -90er Jahre im Nachhinein als grundlegend falsch herausgestellt hatten.

Berghahn, selber Gewerkschafter und lange Zeit als Betriebsrat tätig, befürchtet zudem, dass mit dieser Debatte die Büchse der Pandora geöffnet wurde, um die Verbesserungen, die die SPD für die Arbeitnehmer\*innen in Deutschland während der ablaufenden Legislaturperiode durchsetzen konnte, rückabgewickelt werden.

„Mit mir sind solche Angriffe auf das Rentenalter nicht zu machen! Ja, die Menschen werden älter, aber daraus dann zu schließen, dass man dann auch länger arbeiten muss, ist eine schräge Diskussion. Die Realität sieht doch ganz anders aus. Welcher Mauer, Dachdecker, Gerüstbauer, welche Pflegekraft, Frisörin oder Einzelhandelsverkäuferin ist den noch mit 65 oder 66 Jahren in der Lage den Beruf ausüben zu können? Wer die Rente mit 68 fordert, will eigentlich eine Rentenkürzung und das ist mit mir nicht zu machen!“, stellt Berghahn unmissverständlich klar.

Gemeinsam mit anderen SozialdemokratInnen erinnert Berghahn auch an die zum Teil hitzig geführte Debatte um den Mindestlohn, der bisweilen ja als wirtschaftsfeindliches Treiben verteuelt wurde. „Gerade an diesem Beispiel zeigt sich, dass sozialpolitische Errungenschaften die Wirtschaftskraft stärken - nicht schwächen“, gibt er zu bedenken.

Anke Unger, Geschäftsführerin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Ostwestfalen-Lippe, ebenfalls bei der Konferenz anwesend, erinnert die Anwesenden daran, dass gerade Bevölkerungsgruppen wie jene, die in der Pflege tätig sind, große und berechtigte Forderungen an die Politik stellen.

Hier konnte Scholz stolz darauf verweisen, dass es gerade der SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil war, der mit seiner Beharrlichkeit einen Tarifvertrag im Rahmen der Pflegereform durchsetzen konnte. „Das macht eine Erhöhung von ein paar hundert Euro für Betroffene aus“, so Kanzlerkandidat Scholz.

Die zahlreichen TeilnehmerInnen der Konferenz sprachen sich nahezu einmütig für die Erhaltung von Tarifverträgen aus, damit Arbeitnehmer\*innen nicht nach alleinigen Gutdünken der Unternehmer\*innen beschäftigt und bezahlt werden. Scholz sprach dabei „von einem klaren Bekenntnis der Parteispitze“ zum seit Jahrzehnten bewährten

und erfolgreichen Prinzip der Sozialpartnerschaft.

Für Jürgen Berghahn stehen die Zeichen deutlich auf „Stärken des Sozialstaates“, damit die anstehenden Umbrüche in naher und fernerer Zukunft die abhängig beschäftigten Menschen in Deutschland und in Europa nicht abgehängt werden. Die Pandemie hat uns auch gezeigt, wo die Grenzen der Globalisierung sind und das Verlagern von Produktionen schnell zu einem bösen Bumerang für Arbeitsplätze und die Wirtschaft werden kann, so Berghahn.

Aus dem Reservoir jener Menschen, die sich nicht mehr wahrgenommen und stattdessen vernachlässigt fühlen, bedienen sich die Demokratiefeinde. Die Rassisten, Neonazis und andere Leute, die dem demokratischen Gemeinwesen den Garaus machen wollen, warten nur auf solch fehlerhafte sozialpolitischen Entwicklungen“, äußert Berghahn sichtlich besorgt.

# Wertschöpfung in der Region stärken

SPD und Grüne wollen gemeinsam ein regionales Wertschöpfungszenrum

Kreis Lippe. Die Verbandsversammlung des Landesverband Lippe beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche Immobilien infrage kommen, um diese für ein künftiges „regionales Wertschöpfungszenrum“ zur Verfügung zu stellen. So lautet der Beschlussantrag der Verbandsversammlung des Landesverbandes Lippe.

Wie den Zeitungen zu entnehmen ist, zeigt eine aktuelle Studie, dass es einen großen Bedarf in der Region an der Vermarktung regional erzeugter Produkte gibt. Es existieren darüber hinaus

bereits ernsthafte Initiativen, ein sogenanntes „Regionales Wertschöpfungszenrum“ (Lippe-Qualität, Regionalbewegung NRW, etc.) in Lippe zu gründen und zu etablieren. Die Kreisverwaltung hat eine Unterstützung mittels Fördermittel in Aussicht gestellt.

Der Landesverband Lippe besitzt mit dem Schlossareal Brake (und angrenzende Liegenschaften) derzeit ungenutzte Immobilien, die zentral in Lippe liegen, aber dennoch verkehrlich gut erreichbar sind.

# Gewalt gegen Frauen nimmt zu

Ellen Stock MdL führt Online-Gesprächsreihe zu häuslicher Gewalt an Frauen und bietet Hilfestellungen für Betroffene. Videos der Gespräche online abrufbar.

„Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.“ Gängige Redensarten wie diese aus vergangenen Jahrzehnten zeugen davon, wie eine Gesellschaft auf häusliche Gewalt an Frauen blickt. Und dieser gesellschaftliche Blick hat Auswirkungen darauf, wie leicht oder schwer eine Frau Hilfe erhält.

Dank vieler gesetzlicher Änderungen beim Opferschutz und

einer gesteigerten Sensibilität innerhalb der Polizei und Justiz, aber auch der Gesellschaft an sich, ist zwar die gesellschaftliche Akzeptanz von häuslicher Gewalt deutlich gesunken. Die Zahlen der von Gewalt betroffenen Frauen aber nach wie vor nicht. In Corona-Zeiten kam es sogar zu einem deutlichen Anstieg der häuslichen Gewalt, wie bspw. der Jahresbericht zum

bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (08000/116 016) belegt hat.

Um betroffenen Frauen Wege aufzuzeigen, wo sie Hilfe erhalten können, und um damit das oft schambehaftete Schweigen der Opfer zu brechen, initiierte Ellen Stock im Mai die Online-Gesprächsreihe „Häusliche Gewalt an Frauen“. Als Gesprächspartnerinnen standen ihr dabei Anja Butchkau, die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag, Corinna Peter-Werner als Anwältin für Familienrecht und Stefanie Nowak-Thormählen, die Leiterin des Frauenhauses Lippe, zur Seite. In den drei live gezeigten Online-Gesprächen ging es u.a. darum, ob auch in Lippe mehr Fälle häuslicher Gewalt zu verzeichnen sind, wohin sich Frauen wenden können und in

welchen Fällen juristischer Rat sinnvoll ist.

„Mir ist es einfach wichtig, dass wir das Schweigen brechen, das leider immer noch viel zu häufig bei den betroffenen Frauen herrscht. Viele schämen sich dafür oder geben sich im schlimmsten Fall eine Mitschuld. Mit meinen Online-Gesprächen möchte ich ein für alle gut erreichbares und zugleich anonymes Format anbieten, damit sich sowohl direkt Betroffene aber auch Menschen aus dem Umfeld leicht informieren und Kontakt aufnehmen können, wenn sie Hilfe benötigen“, erklärt Ellen Stock. Die Gespräche mit der Familienanwältin Corinna Peter-Werner sowie der Leiterin des Frauenhauses Stefanie Nowak-Thormählen sind aus diesem Grund weiterhin auf der Website [www.ellen-stock.de](http://www.ellen-stock.de) sowie auf youtube online abrufbar.

# Kurze Wege für Eltern

Familien entlasten und direkt ansprechbar sein. Das ist Ziel des Familienbüros.

Kreis Lippe. Die SPD möchte Familien entlasten. In Detmold hat Bürgermeister Frank Hilker deshalb für die Einrichtung eines Familienbüros gesorgt. „Wir wollten eine zentrale Anlaufstelle für Familien schaffen in dem alle Informationen gebündelt sind. Das war bislang nicht der Fall. Nun haben wir die Möglichkeit alle Fragen rund um das Thema Familie ausführlich und in entspannter Situation zu beantworten. Das typische „Amtsfeeling“ soll bewusst vermieden werden“ erklärt Bürgermeister Frank Hilker. Das Team des Familienbüros setzt sich aus drei Mitarbeiterinnen aus dem sozialpädagogischen Bereich zusammen, die ebenfalls Verwaltungserfahrung mitbringen. Wegen der Coronapandemie wurde bislang überwiegend digital beraten und es wurden On-

lineseminare gegeben. Durch die sinkenden Coronazahlen wird der Betrieb nun nach und nach auch in Präsenz angeboten, die digitalen Angebote bleiben jedoch bestehen. Zusätzlich zu dem Indoorangebot soll draußen ein kleiner Spielplatz entstehen. So können die Eltern beraten werden, während die Kinder spielen können.

„Das Projekt ist ein gutes Beispiel, wie Eltern heutzutage entlastet werden können. Deshalb wollen wir flächendeckend Familienbüros in ganz NRW durchsetzen und bringen es deshalb zur Diskussion mit in den Landtag“, so der Familienpolitische Sprecher der SPD, Dennis Maelzer.



# Straßenausbaubeiträge endgültig abschaffen

**Sie sind sozial ungerecht und ein riesiges Bürokratiemonster. Viele Bundesländer haben bereits einen Schlusstrich gezogen.**

Kreis Lippe. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen war schon immer für die meisten Kommunen ein bürokratischer Riesenaufwand. Es müssen aufwändige Schlussrechnungen der Baumaßnahmen erfolgen und daraus der individuelle Kostenanteil der Anlieger ermittelt werden. Dazu kommen Widerspruchs- und Gerichtsverfahren, die nach Aussage von Verbänden meistens erfolgreich für die Anlieger verlaufen, weil immer zumindest kleinere Fehler auftauchen.

Worum geht es: irgendwann beschließt ein Stadt- oder Gemeinderat die Straßen in einer Siedlung neu herzustellen. Ob zum ersten Mal oder ob eine Erneuerung nach 50 Jahren fällig wird, ist dabei egal. Ein Teil der

Kosten wird dann auf die Hausbesitzer umgelegt, die an der jeweiligen Straße wohnen. Diese Forderungen können auch noch viele Jahre nach der Baumaßnahme erhoben werden.

Da es sich bei den Kosten für den einzelnen Hausbesitzer auch schnell um fünfstelligen Summen handeln kann, wollte die SPD diese Kosten grundsätzlich abschaffen. Denn die Städte und Gemeinden sind gar nicht so glücklich über diese gesetzliche Bestimmung. Denn mindestens die Hälfte der Einnahmen gehen für die Bearbeitung, für Rechtsberatung usw. drauf. Außerdem wollen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihren Bürgern den ganzen Ärger am liebsten ersparen.

Der Bürokratie haben CDU und FDP in Düsseldorf aber noch die Krone aufgesetzt. Sie haben ein Förderprogramm für die Kommunen entwickelt, das noch mehr Bürokratie bringt. So müssen jetzt zusätzliche Anträge gestellt werden und ein aufwändiger Verwendungsnachweis eingereicht werden.

Das ist u.a. ein Grund, warum wir die Beiträge abschaffen wollen. Neben der Tatsache, dass die Beiträge ohne Rücksicht auf die persönliche Leistungsfähigkeit des jeweiligen Anliegers fällig werden. Nicht selten werden Senior\*innen und junge Familien mit Beitragsbescheiden in fünfstelliger Höhe an den Rand des finanziellen Ruins gebracht. Das halten wir für ungerecht.



## Digitalisierung vorantreiben

**Flächendeckende Infrastruktur mit Gigabitgeschwindigkeit für Jedermann ist wichtig!**



Kreis Lippe. Im Zeitalter der Digitalisierung ist eine schnelle Internetverbindung unerlässlich. Umso ärgerlicher ist es, dass es noch immer keine flächendeckende Infrastruktur für Gigabitgeschwindigkeit gibt. „Im ländlichen Bereich haben wir gerade mal eine Abdeckung von rund 20%, während in Städten die Versorgungsquote bei etwa 90% liegt. Besonders schwierig ist die Situation in manchen Gewerbegebieten, die zum Ärger mancher Betriebe, noch immer nicht auf den aktuellen Stand der Technik gebracht worden sind“ so die Landtagsabgeordnete der SPD, Ellen Stock. In

diesem Zuge sei auch der Ausbau von Mobilfunkmasten erwähnt. Trotz 5G Modellregion gibt es in Lippe noch viele Funklöcher und Orte mit schlechter Netzqualität. Hier fordert die SPD mehr Unterstützung für Betriebe, um deren wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren.

„Die Anbindung der Schulen ans schnelle Internet lässt ebenfalls zu wünschen übrig. Gerade einmal 60% der Schulen surfen schnell, die anderen 40% warten immer noch. Die Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung auch für Schulen ist. Deshalb ist auch eine digitale Lernmittelfreiheit ein wichtiger

Schritt in die richtige Richtung, denn auch einkommensschwache Familien sollen eine Chance auf Bildung haben!“ so Stock weiter.

Einen wesentlichen Anteil an Digitalisierung nimmt auch die Verwaltungsdigitalisierung ein, früher unter dem Begriff eGovernment gefasst. Der damit einhergehende Bürokratieabbau ist bürgerfreundlich und zukunftsorientiert. Das ist besonders dem Bundestagskandidaten Jürgen Berghahn wichtig, der sich in Berlin für einfachere bürokratische Strukturen stark machen möchte.

## Schicksal der „Verschickungskinder“

**Der Abgeordnete Dennis Maelzer setzt sich für eine Kontaktstelle und finanzielle Unterstützung der Betroffenen ein.**



Auch sie waren Verschickungskinder Foto: Coulorbox

Kreis Lippe. Sie wurden erniedrigt, drangsaliert, mit Tabletten ruhig gestellt und teils hart bestraft: Was sich zwischen 1950 und den 1990er Jahren in Kindererholungsheimen in der Bundesrepublik abgespielt hat, belastet Betroffene bis heute. Erst

jetzt beginnt die Aufarbeitung dessen, was zahlreiche „Verschickungskinder“ erleben mussten. Ein ganz wichtiger erster Schritt kann jetzt im Landtag NRW gemacht werden. Dort fand, eine Expertenanhörung zu dem Thema statt, wie die

Aufarbeitung dieses noch weitgehend unerforschten dunklen Kapitels der Geschichte angepackt werden kann. „Dabei kamen mehrere Beteiligte wie ehemalige Träger der Kindererholungsheime, Betroffenenverbände aber auch Wissenschaftler zu Wort“, erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer. Der familienpolitische Sprecher seiner Fraktion hatte den entscheidenden Anstoß dazu gegeben, nachdem ihm eine Bürgerin aus seinem Wahlkreis von ihren schlimmen Erfahrungen als „Verschickungskind“ erzählt hatte.

Deshalb stellte die SPD einen Antrag, die Aufarbeitung endlich in Gang zu setzen und die Betroffenen dabei zu unterstützen. „Unser Ziel ist klar: wir wollen eine Kontaktstelle einrichten, die die Interessenvertretung der Opfer unterstützt und die vom Land bezahlt wird“, erklärt Maelzer.

## Familien und Schulkinder brauchen unsere Hilfe

**SPD-Landtagsabgeordnete fordern landesweite Bildungsoffensive und Unterstützung.**

Kreis Lippe. Die Corona-Krise hat die Spaltung in der Gesellschaft vergrößert. Das ist vor allem in der Familien- und Bildungspolitik deutlich zu sehen. Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen durch Corona-bedingte Schulschließungen Lernrückstände aufgebaut haben. Die Jugendämter in Deutschland rechnen mit einer höheren Zahl an Schulabbrechern. „Wir müssen Familien und ihre Kinder nicht nur konsequenter in den Vordergrund der Pandemiebekämpfung rücken. Wir brauchen für die Zeit nach Corona auch einen sozialen Neustart in der Familien- und Bildungspolitik“, fordern die lippeischen Landtagsabgeordneten Jürgen Berghahn, Dennis Maelzer und Ellen Stock.

Aus diesem Grund beantragt die SPD im Landtag nun eine umfassende Familien- und Bildungsoffensive. „Chancengleichheit ist keine Utopie, sondern ein realistisches Ziel. Dafür muss sie aber auch politische

Priorität haben“, betont Ellen Stock. Es sei die Aufgabe der Politik, Wünsche und Hoffnungen zu ermöglichen und dadurch jedes Kind entsprechend seiner Talente, Neigungen und Fähigkeiten zu fördern. „Wir brauchen sowohl ein Sprungbrett als auch ein Sprungtuch aus Bildungs- und Unterstützungsangeboten, um allen Kindern während ihrer ganzen Bildungskarriere die Chance zu geben, die sie verdienen“, so Jürgen Berghahn.

Konkret sieht der Antrag vor, Familien von Bürokratie zu entlasten und ihnen Hilfen beispielsweise bei Antragstellungen zu gewähren: „Ein gutes Beispiel ist das Familienbüro in Detmold. Diese Unterstützung wollen wir landesweit“, erklärt der familienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Dennis Maelzer den Vorstoß. Zudem sollen kommunale Bildungsstellen eingeführt werden. Sie stehen den jungen Menschen und den Familien kontinuierlich zur Seite. Die Idee ist, die bislang unterschiedlichen Angebote der

Fördermaßnahmen in einer Person zu bündeln. „Bildungslotsen unterstützen Familien und begleiten vor allem Kinder und Jugendliche durch ihren Bildungsweg“, so Maelzer.

„Wir wollen Grundschulen zu Familienzentren ausbauen. Möglichst viele Förder- und Hilfsangebote sollen unter einem Dach vereint und koordiniert werden. Das ist vor allem für Kommunen und Quartiere hilfreich, die besonders stark von Bildungs- und Einkommensarmut betroffen sind“, führt Jürgen Berghahn aus.

Die SPD-Fraktion möchte frühzeitig mit den Vorbereitungen des Rechtsanspruchs auf den Ganztags beginnen. Dieser wird im August 2026 starten. „Eine echte Ausbauoffensive für Kita- und OGS-Plätze. Wie wichtig diese gerade für Familien sind, um Arbeit und Familie unter einen Hut zu bekommen, zeigt uns die Corona-Krise mehr als deutlich“, so Ellen Stock.

## Freie Fahrt für alle Schüler

**SPD und Grüne wollen kostenlose Schülertickets die in ganz Westfalen gelten.**

Kreis Lippe. Um dem Klimawandel entgegenzutreten, soll in Lippe die Mobilitätswende weiter vorangetrieben werden. Durch die Steigerung der Attraktivität des ÖPNV sollen die Schülerinnen und Schüler in Lippe als aktive Nutzerinnen und Nutzer gewonnen werden. „Um einen lippeischen Flickenteppich zu vermeiden wollen wir das Schülerticket im gesamten Kreisgebiet einführen“ erklärt der Fraktionsvorsitzende der SPD Kreistagsfraktion Henning Welslau. Dabei soll der Kreis als Partner für Städte und Gemeinden sowie der Verkehrsunternehmen und der OWL Verkehr auftreten.

Die westfalenweit gültigen Schülertickets sollen kostenfrei

an die Schülerinnen und Schüler verteilt werden. Während der Coronapandemie waren jugendlich in ihrem Bewegungsradius stark eingeschränkt. Das soll sich mit der Einführung des Schülertickets ändern und die Jugendlichen ermutigen, sich unabhängig von ihren Eltern bewegen zu können. Deshalb hat die Koalition den Antrag in den Kreistag eingebracht.

SPD und Grüne wollen damit die Chancen nutzen, die der Westfalentarif bietet. Jetzt kommt es auf viele konstruktive Gespräche mit den Gemeinden an. „Wir wollen einen kommunalen Flickenteppich verhindern und setzen auf eine kreisweite Vereinbarung“, sagt die SPD

# Von Tür zu Tür mit Jürgen Berghahn

*Nicht nur während des Wahlkampfes statten einige SPD'ler den Leuten in ihrem Stimmbezirk gerne einen Haustürbesuch ab.*

Viele Lemgoerinnen und Lemgoer sind es bereits gewöhnt, dass zu Ostern oder Weihnachten eine Karte von dem oder der SPD-Wahlkreisvertretung im Briefkasten landet. Oft werden so auch Gespräche an der Haustür oder über den Gartenzaun geführt und politische Themen angesprochen, erfragt und erörtert.

Diesen Sommer hat die SPD-Lemgo dafür prominente Unterstützung und macht sich mit dem Mitglied des Landtages NRW und Bundestagskandida-

ten Jürgen Berghahn auf, um von Tür zu Tür zu gehen und Ihre Anliegen entgegenzunehmen.

Gemeinsam mit der jeweiligen Wahlkreisvertretung möchte Jürgen Berghahn so die Themen mitnehmen, welche uns Lemgoerinnen und Lemgoer bewegen.

Als langjähriger Landtagsabgeordneter sind ihm viele Themen gut bekannt, so die geplante Stellenreduzierung großer Lemgoer Unternehmen, die Nordumgehung oder die Kita- und Bildungspolitik in unserem

Bundesland, doch sowohl Herr Berghahn als auch die Lemgoer SPD möchten die individuellen Probleme nicht hinten runterfallen lassen, wollen Ihnen Rede und Antwort stehen und Ihnen in jedem Fall ein offenes Ohr schenken.

Wir würden uns überaus darüber freuen, wenn Sie zu Gesprächen bereit sind, wenn die SPD-Lemgo und Herr Berghahn von Tür zu Tür gehen und uns sagen, wo der Schuh drückt.



## Gemeinsam anpacken

*Ratsmitglied Felix Rullmann, Immobilienmakler Sven Eric Bierhenke und Reporter Michael Pitt organisieren Bienenautomaten*



Die Drei haben aus unterschiedlichen Richtungen Bewegung in die Überlegung gebracht, Bierhenke und Pitt haben das Projekt des sog. „Bienenfütterautomaten“ schon länger verfolgt, unser SPD-Ratsmitglied ist durch den SPD und Grünen Antrag auf die umgebauten Kaugummiautomaten aufmerksam geworden. Dieser Antrag wurde in der Politik ohne Lösung diskutiert, auch aufgrund der Kosten. Dies war für Felix Rullmann kein zufriedenstellendes Resultat, sodass er anbot den Automaten aus

eigenen Mittel zu bezahlen. „Damals dachte ich, dass kann doch nicht sein, Bienen sind für uns alle wichtig und wenn es nur um Geld geht gebe ich gerne etwas.“ So Felix Rullmann zu seinem ursprünglichen Angebot an die Stadt Lemgo.

Nachdem sie von seinem Angebot gehört hatten, kamen schließlich die anderen beiden auf ihn zu, daraus entstand dann die Idee selbst Kaugummiautomaten zu kaufen und diese mit den Regionalen Seed Balls aus Dörentrup zu befüllen. „Ich

bin sehr froh, dass die beiden damals den Kontakt aufgenommen haben, Michael und Sven Eric haben sich vorher ausführlich mit dem Thema beschäftigt und gute Ideen beigetragen, so dass der ursprünglichen Gedanken nur Geld beizusteuern eine gemeinsame Initiative wurde.“ Freut sich Felix Rullmann über das Know-How seiner Mitstreiter.

Die Drei haben das Ziel mit den bisher vier organisierten Automaten ein Statement zu setzen, für Bienen und bunte Gärten.

## Was ist eigentlich aus unseren Wahlvorhaben geworden?

*Verbesserungen für Familien, Schüler und Radfahrer. Die neue Ratsfraktion löst ihre Versprechen ein*

Im September letzten Jahres bezeichneten wir den demografischen Wandel, die Alterung der Gesellschaft, als eine der zentralen Herausforderungen der 20er-Jahre. Besonders die Kleinstädte, wie Lemgo eine ist, werden nur dann eine erfolgreiche Zukunft haben, wenn die Politik sich dieser Herausforderung stellt und aus unserer Sicht ist deshalb eine gute Familienpolitik Pflicht. Ins SPD-Wahlprogramm schrieben wir daher folgerichtig: „Lemgo wird zur familienfreundlichsten Stadt Lippes“.

Sprüche klopfen kann natürlich jeder, den Worten konkrete Taten folgen zu lassen ist jedoch das, worauf es ankommt. Der neue Rat ist seit acht Monaten im Amt und die SPD hat gemeinsam bereits einiges erreicht!

„Die SPD Lemgo arbeitet daran, die Kitagebühren in den nächsten fünf Jahren in zwei Stufen zu senken“ (Wahlprogramm). Gemeinsam mit den Grünen und den BfL haben wir den Kita-Grundfreibetrag von 20 000,- € auf 22 500,- € (Haushaltseinkommen im Jahr) erhöht. Das bedeutet, dass

einkommensschwache Familien spürbar entlastet werden. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung und wir kommen damit dem langfristigen Ziel der gebührenfreien Kita ein Stück näher. Dafür brauchen wir jedoch eine starke SPD im ganzen Land.

Ein weiterer Baustein für eine familienfreundliche Stadt ist die Ausstattung der Schulen mit ausreichend Personal. „Bildung ist auch als Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen wichtig. In Lemgo müssen gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen.“ (Wahlprogramm SPD-Lemgo).

Gemeinsam mit den Grünen und den BfL haben wir deshalb durchgesetzt, dass der Stundenumfang an Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen verdoppelt wurde.

Neben der Familienpolitik betonen wir in unserem Wahlprogramm die Klimapolitik und die damit einhergehende Mobilitätspolitik. „[...]müssen Fahrradstellplätze im Bereich der Innenstadt und an wichtigen Verkehrsknotenpunkten, wie z.B. dem am

Bahnhof, geschaffen werden.“ (Wahlprogramm).

Die SPD hat durchgesetzt, dass die vielen unbekannte Abstellanlage am Lemgoer Bahnhof deutlich aufgewertet wird. Es werden mit 120 000,-€ (davon ca.30 000,-€ aus der Stadtkasse) zum Beispiel zehn zusätzliche abschließbare Boxen aufgestellt, eine Reparaturstation aufgebaut, die Bekanntheit erhöht und die Beleuchtung aufgewertet. Auch der Zugang zur Anlage wird erleichtert, damit in Zukunft das Alter, die Muskelmasse und das Gewicht des Fahrrades keine Rolle mehr spielen. Wie angekündigt wird in Lemgo eine zusätzliche Stelle für den Klimaschutz geschaffen, um diesem Bereich noch mehr Gewicht zu verleihen und eine zentrale Bündelung der Aufgaben zu ermöglichen.

Wir als SPD-Lemgo halten uns an unsere Wahlvorhaben und werden Sie weiterhin auf dem Laufenden halten.

## Fonds für Kulturschaffende beantragt

*Kulturschaffende, Gastronomen und Kaufleute brauchen pragmatische und zielführende Hilfen!*

In der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Tourismus beantragt die SPD-Lemgo Fraktion die Prüfung zur Einrichtung eines Fonds für Kunst, Kultur und Freizeit, der mindestens der Höhe der Einnahmen durch Corona Bußgelder in den Jahren 2020 und 2021 entspricht. Dieser Fonds soll den Kulturschaffenden und wenn möglich den Gewerbetreibenden und Gastronomen zu Gute kommen.

Diejenigen, die sich nicht an die Regeln, während der Coronapandemie halten und das Risiko einer Verbreitung des Virus dadurch noch erhöhen, treffen damit die am meisten, die durch die Maßnahmen und eine mög-

liche Verlängerung am stärksten benachteiligt werden.

Kunst und Kulturschaffende, Gastronomen und Kaufleute. Mit einem Fonds kann man direkte Maßnahmen ergreifen, um unsere Innenstadt attraktiv zu halten und mögliche Coronafolgen abzufedern.

Mögliche Einsatzgebiete können Konzerte auf dem Marktplatz sein, um beispielsweise Kulturschaffenden eine Bühne zu bieten und die Innenstadtgastromomen zu fördern.

Dem Antrag wurde im Ausschuss für Kultur und Tourismus am 21.06.2021 einstimmig zugestimmt.

## Wohnraum ist kein Spekulationsobjekt

*Die SPD-Lemgo fordert durch rechtliche Regularien die Spekulation mit Wohnraum in Lemgo zu unterbinden*

Die Alte Hansestadt Lemgo soll beim Verkauf von Baugrundstücken aus städtischem Besitz heraus, durch rechtliche Regelungen in den Verträgen sicherstellen, dass die Grundstücke nicht der Spekulation dienen, sondern möglichst kurzfristig dem Lemgoer Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen.

Auf dem Gebiet der Stadt übertrifft aufgrund verschiedener Faktoren die Nachfrage nach käuflichem Wohnraum und Bauland schon seit lange das Angebot. Diese Bedarfslücke hat in den letzten Jahren zu stark steigenden Preisen geführt, die einen immer größer werdenden

Anteil von Familien vom Lemgoer Häusermarkt ausschließen bzw. in die umliegenden Gemeinden abwandern lässt.

Zudem stehen viele bisher geplante Häuser dieses Segments auf Flächen, deren Eigentümer die Stadt nicht ist und bei denen die weitere Entwicklung unklar ist.

Mit dem Beschluss soll garantiert werden, dass Bauland direkt bei den Bauwilligen ankommt, und nicht als Geldanlage oder zu Spekulationszwecken missbraucht wird bzw. verteuert wird.

## Ungenutzte Potentiale finden

*Die SPD hat bei der Stadt beantragt zu überprüfen, wo Photovoltaikanlagen auf städtischen Flächen entstehen können.*

Im Klimaschutzkonzept der Stadtwerke Lemgo wird aufgeführt, dass Lemgo lediglich 5,5% seines Potenzials ausschöpft. Um die Lemgoer Klimaziele erreichen zu können, muss dieses Potenzial verstärkt genutzt werden. Im Klimaschutzkonzept wird zu dem folgendes ausgeführt: „Als Ziel für den Ausbau des PV-Stroms in Lemgo sollte eine Erhöhung des Anteils am Strombedarf von derzeit 6,0% auf 15% bis 2030, 20% bis 2040 und 25% bis 2050 angestrebt werden. Hierbei ist auch ein eventueller Anstieg des Strombedarfs durch E-Mobilität und Wärmepumpen zu berücksichtigen.“ Damit wir diese Ziele

erreichen können, muss die Stadt Lemgo ein Vorreiter im Bereich Photovoltaik sein. Auch bisher als unwirtschaftlich eingestufte Flächen dürfen nicht per se ausgeschlossen werden. Die Politik braucht hier Handlungsoptionen, um etwaige Standorte über Förderungen in die Wirtschaftlichkeit bringen zu können.



Herausgeber: SPD Stadtverband Lemgo  
Mittelstraße 3, 32657 Lemgo  
Verantwortlich: Julien Thiede, Vorsitzender  
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH  
Curt-Frenzel-Straße 2, 86167 Augsburg

